



Medienmitteilung

Die Wahl- und Abstimmungsempfehlungen des KGV-Vorstandes für den 29. 11. 2009

Der Kantonale Gewerbeverband Schaffhausen KGV unterstützt Christian Amsler für die Wahl in den Regierungsrat, sagt nein zur Initiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“ und befürwortet die Initiative „Für Sicherheit und Umweltschutz in der Luftfahrt“.

Mit Überzeugung für Christian Amsler

Für die Nachfolge des zurücktretenden Heinz Albicker, stellen sich Christian Amsler von der FDP sowie Werner Bächtold von der SP zur Wahl.

Der Vorstand des KGV steht klar hinter Christian Amsler und unterstützt ihn mit Überzeugung für die Wahl in den Schaffhauser Regierungsrat. Aus Sicht des Gewerbes bringt Christian Amsler sehr gute Voraussetzungen für das Amt eines Regierungsrates mit.

Als Mitglied einer sogenannten bürgerlichen Partei hat er viel Verständnis für die Anliegen der KMU und steht der Wirtschaft nahe. Er steht mitten im Leben, ist sehr motiviert und bringt einen grossen Leistungsausweis mit. Weiter verfügt er über eine breite politische Erfahrung, hat gute Führungseigenschaften und klare Vorstellungen über die Regierungstätigkeit.

Nein zur Initiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“

Die Initiative verlangt ein Verbot für die Ausfuhr und die Durchfuhr von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern (z.B. Simulatoren, Nachtsichtgeräte, Wärmebildkameras, Chiffriergeräte). Verboten würde aber auch die Ausfuhr von Immaterialgütern, die für die Entwicklung und Herstellung nötig sind. Das bedeutet, dass auch der Export von gewissen Technologien oder Lizenzgeschäfte verunmöglicht würden. Die Initiative verlangt zudem eine Unterstützungspflicht des Bundes während zehn Jahren für die von einem Exportverbot betroffenen Regionen und Beschäftigten.

Die Initiative würde schweizweit über 10'000 Arbeitsplätze vernichten (bis ca. 150 in unserem Kanton) und unsere Sicherheit gefährden. Sie ist auch absolut unnötig, da die heutigen Kontrollen (Kriegsmaterialgesetz und Güterkontrollgesetz) vollauf genügen.

Ja zur Initiative „Für Sicherheit und Umweltschutz in der Luftfahrt“

Die Vorlage will erreichen, dass heute erhobene Steuereinnahmen aus der Luftfahrt auch wieder im Luftverkehr eingesetzt werden sollen. Heute fliessen die Hälfte der Steuern auf Flugtreibstoffen in den Strassenverkehr oder in die allgemeine Bundeskasse. Diese Vorlage generiert keine zusätzlichen Kosten. Das Gewerbe befürwortet die Vorlage, weil die bestehenden Mittel verursachergerecht und gezielt eingesetzt werden, und somit mehr Kostenwahrheit und weniger Quersubventionen entstehen. Im weiteren ist ein wettbewerbsfähiger Luftstandort für die Wirtschaft von grosser Bedeutung.